

(A)

(Ministerin Brunn)

überzeugen, daß die Erhöhung der Sozialbeiträge der Studierenden notwendig ist. Aber ich weiß aus Erfahrung, daß gerade in diesen Bereichen die Opposition etwas weniger in der Pflicht ist als die Regierung.

Dennoch möchte ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Vesper, Ihre Fragen gerne beantworten. Sie haben gefragt, ob die Beitragserhöhung der Studierenden eine Unterfütterung der Tarifverhandlungen darstelle, praktisch zur Finanzierung der Lohnerhöhung diene. - Sie wissen, daß die Zuschüsse des Landes für die Studentenwerke in diesem Jahr ja von 63 auf 66 Millionen DM erhöht werden, wenn der Landtag den Etat so verabschiedet, wie ihn der Wissenschaftsausschuß gebilligt hat. Das heißt: Hier ist eine Steigerung vorgesehen, die auch die Möglichkeit maßvoller Lohnsteigerungen - wie das üblich ist - bereits einkalkuliert. Das heißt: Dafür wird die Beitragserhöhung nicht herangezogen.

Es ist sicher notwendig, daß wir uns über die Struktur der Studentenwerke und deren Finanzierung noch mehr Gedanken machen. Insofern freue ich mich sehr, daß die Diskussion über das Hearing in Gang gekommen ist. Selbst wenn man dort durch verbesserte Abläufe noch gewisse Einsparungen erzielen könnte, sind wir uns doch darüber im klaren, daß Leistungsverbesserungen notwendig sind, und zwar in einem Ausmaß, das eben auch Beitragssteigerungen notwendig macht, weil das Land nicht für dies alles eintreten kann, was zusätzlich notwendig ist.

(B)

Der Lebensraum Hochschule - das haben wir verschiedentlich festgestellt - ist eng geworden. Wir haben in bestimmten Bereichen sehr schwierige Situationen in den Mensen, sowohl durch Personalknappheit als auch dadurch, daß wir nach wie vor Einweggeschirr haben, das wir abschaffen müssen. Wir sagen: Endlich weg mit dem Wegwerfgeschirr! Wir müssen erreichen, daß bessere und mehr Ausgabestellen in den Mensen vorhanden sind und daß sie in ihren Abläufen und Einrichtungen modernisiert werden. - Dies ist nur ein Beispiel. Das kommt Tausenden von Studierenden zugute.

Ich bin der Meinung, daß der kleine Sozialbeitrag, der hier erhoben wird, im Grunde genommen kaum der Rede wert ist. Trotzdem sind wir bereit, darüber Rechnung zu legen, daß dieser kleine Solidarbeitrag notwendig ist, um - weil er von einer großen Zahl von Studierenden aufgebracht wird - zu einer Leistungsverbesserung insgesamt beizutragen.

(C)

1,67 DM pro Monat sind es; 20 DM pro Jahr. Es sind nicht einmal 10 DM im Jahr, die ein Student zur Solidargemeinschaft der Studierenden gewissermaßen selbst beiträgt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wieso 10 DM? Es sind jetzt 100!)

Mir ist es auch unangenehm, nach drei Jahren schon wieder zu einer Erhöhung zu kommen; das will ich Ihnen gerne eingestehen. Ich bin aber der Meinung, daß wir auf andere Weise nicht zu den notwendigen Mitteln kommen können. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die 10 DM pro Semester zusätzlich zu erheben.

Ich bitte den Landtag, im Interesse der Studierenden und der notwendigen Dienstleistungen der Hochschulen, dieser Beitragserhöhung zuzustimmen. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren. Ich schließe die Beratung.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Ausschusses Drucksache 11/1308 zustimmen möchte, bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der **Gesetzentwurf** damit in zweiter Lesung gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN verabschiedet ist.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Feiertagesgesetzes NW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/965

zweite Lesung

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 11/1309

(A)

(Präsidentin Friebe)

Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur **Abstimmung**. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der **Beschlußempfehlung** des **Hauptausschusses Drucksache 11/1309** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Zwei Enthaltungen! Damit ist der **Gesetzentwurf verabschiedet**.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1199 (Neudruck)

erste Lesung

Der Gesetzentwurf wird durch den Innenminister **eingebraucht**. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

(B)

Innenminister Dr. Schnoor: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich lege Ihnen einen Staatsvertrag, den die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen paraphiert haben, zur Zustimmung vor. Es geht dabei um eine Korrektur der Landesgrenze. Es ist nach Artikel 29 Absatz 7 des Grundgesetzes vorgesehen, daß wir das so regeln können.

Diese Korrektur der Landesgrenze ist aus vielen verwaltungspraktischen Gründen dringend erforderlich; denn die Landesgrenze zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geht mitten durch eine Industrieanlage in Siegen. Die Stellungnahmen der zuständigen Gebietskörperschaften sind eingeholt. Es gibt keine Einwendungen, meine Damen und Herren.

Die Grenzkorrektur wird dazu führen, daß das Land Nordrhein-Westfalen flächenmäßig ein wenig kleiner wird. Für Einwohner des Landes Nordrhein-Westfalen wird nicht demnächst ein anderer Landtag oder eine andere Landesregierung zuständig sein.

(C)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Um wieviel Hektar werden wir denn kleiner?)

- Ich glaube, wir werden um rund 1 000 qm kleiner.

(Hui! und Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur **Abstimmung**. Wer der **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/1199 (Neudruck)** an den **Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung** entsprechend der Empfehlung des **Ältestenrates** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Frequenzvergabe

(D)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1208

Ich eröffne die **Beratung** und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hieronymi für die Fraktion der CDU.

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zwar zur späten Stunde, aber das hat den Vorteil - zumindest für die Opposition -, daß wir ein ganz seltenes Erfolgserlebnis haben. Denn wir haben den Antrag gestellt, daß die Frequenzvergabe in Nordrhein-Westfalen, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verfassungskonform geregelt ist, in eine verfassungskonforme Form gebracht wird. Und, siehe da: Mit Drucksache 11/1338 haben wir pünktlich zu der heutigen Beratung den Gesetzentwurf der Landesregierung auf dem Tisch. Ein so schnelles Handeln